

Syndicat des P&T

Sozialkonflikt möglich

Das Postsyndikat macht in einer Mitteilung darauf aufmerksam, dass das Unternehmen P&T zurzeit auf Leiharbeiter zurückgreift, um Briefträger, die längere Zeit krank gemeldet sind, zu ersetzen. Die Post erklärt diesen Rückgriff auf externe Kräfte damit, dass negative Auswirkungen von längeren Abwesenheiten für Kunden und Personal so auf wirtschaftlich vertretbare Weise verhindert werden könnten. Da laut Gesetz der Lohn eines Leiharbeiters aber nicht geringer sein darf als der eines dauerhaft Angestellten mit gleicher Qualifikation, werden laut Syndikat keine Arbeitsverträge abgeschlossen. So könnten die Betroffenen von heute auf morgen zurückgeschickt werden. Seit Jahren sei kein Briefträger mehr eingestellt worden: Freie Stellen und Personalmangel seien demnach der Grund für den Einsatz von Leiharbeitern.

Für den Rückgang der Qualität der Dienstleitungen sei also das Direktionskomitee verantwortlich. Das Postsyndikat sei praktisch gezwungen worden, die Maßnahme anzunehmen, um eine Überlastung der Briefträger zu verhindern. Künftige Briefträger sollen unter dem Statut des öffentlichen Angestellten beschäftigt werden.

Heute trifft das Syndikat Minister Biltgen, um die Umsetzung der Postrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Hiernach müssten die Gespräche zwischen Gewerkschaft und Direktion fortgeführt werden.

Sollte das Direktionskomitee weiter unnachgiebig bleiben, so würde dies zu einem schwerwiegenden Sozialkonflikt führen, schließt das Syndikat seine Mitteilung ab.

r.s.